

Während jeder Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst notfalls den korrekten Lohn für seine Arbeit einklagen kann, klappt die Lücke zwischen Aufgabe und Bezahlung bei über der Hälfte der Polizeivollzugsbeamten weit auseinander.
Noch immer müssen Kolleginnen und Kollegen nach einem langen Berufsleben im Eingangsamt in Pension gehen.

Die Gewalt gegen Polizeibedienstete nimmt stetig zu. Das ist auch Ausdruck sinkender Autorität der Polizei.
Die GdP fordert ein klares Bekenntnis der Politik zu ihrer Polizei. Verordnete Namensschilder sind ein Misstrauensvotum gegenüber der Polizei.

„FÜR SIE IM EINSATZ!“

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin konstruktiv aber auch kritisch für die Belange unserer Brandenburger Polizei einsetzen.

Sie wird weiterhin Probleme und Ursachen benennen.

Im Interessen unserer (noch) 8200 Kolleginnen und Kollegen sowie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land!

Potsdam, Mai 2014

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam

Inernet: www.gdp.de/brandenburg
E-Mail: gdp-brandenburg@gdp.de



Sicher leben in Brandenburg!



Forderungen

der Gewerkschaft der Polizei im Landtagswahlkampf

2014



Forderungen der GdP im Landtagswahlkampf 2014

Der Personalabbau in der Brandenburger Polizei hält ungebremst an. Nachdem bis 2007 725 und bis 2009 weitere 585 Stellen gestrichen wurden, soll das Personal der Polizei bis 2020 weiter auf 7000 Stellen abgebaut werden. Korrekturen sind beabsichtigt, kommen aber zu spät.

Egal, wieviel Polizei unseren Bürgerinnen und Bürgern in den kommenden Jahren versprochen wird, die Zahl der Polizisten wird sich altersbedingt bis 2018 um weitere 600 auf dann 7600 verringern.

Obwohl heute noch ca. 8200 Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst für unsere Bürger verrichten, bedarf es schon jetzt „besonderer Maßnahmen“, um die Personalstärken im Wach- und Wechseldienst und die von der Politik versprochenen Interventionszeiten zu halten; zu Lasten anderer Bereiche.

Arbeitsverdichtung und weiter gestiegene Krankenstände (inzwischen 34 Tage pro Kollege und Jahr) sind die nachweisbaren Folgen.

Gute Polizeiarbeit ist so nicht mehr möglich.

Auf der einen Seite waren Mitarbeitermotivation und Mitarbeiterzufriedenheit noch nie so schlecht wie heute.

Auf der anderen Seite beginnen Bürgerinnen und Bürger in vielen Orten über die persönliche Verantwortung hinaus, selbst für die Sicherheit ihres Eigentums zu sorgen.

Die unter Rainer Speer begonnene und unter den Innenministern Woidke und Holzschuher fortgeführte Polizeireform ist gescheitert.

Leidtragende dieser politischen Fehlentscheidungen sind neben unseren Kolleginnen und Kollegen vor allem die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Evaluierung der Polizeireform

Die GdP fordert im Rahmen der Evaluierung der Polizeireform, dass auf Grundlage der zu erfüllenden Aufgaben der Polizei der reelle Personalbedarf ermittelt wird. Darauf aufbauend soll eine **zukunftsfähige** Polizeistruktur geschaffen werden, die den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger und dem Inhalt unserer Volksinitiative für den Erhalt aller Polizeistandorte Rechnung trägt.

Rückführung der ausgelagerten Aufgaben von BLB und ZIT

Mit der Ausgliederung und Überführung von Aufgaben an den BLB und der polizeispezifischen IT-Anwendungen zum Zentralen IT-Dienstleister (ZIT) haben sich Servicezeiten und -leistungen spürbar verschlechtert. Die aus dem Polizeihaushalt für Dienstleistungen und Beschaffungen stammenden finanziellen Mittel fließen nicht 1:1 als Leistungen in die Polizei zurück.

Die GdP fordert die Rückführung der Leistungen und des dazu gehörenden Personals vom BLB in die Polizei. Auch die polizeispezifischen IT-Bereiche müssen, nicht zuletzt aus datenschutzrechtlichen und polizeitaktischen Gründen, in die Polizei zurückgeführt werden.

Zukunftsorientierte Nachwuchsgewinnung

Die GdP fordert auch für die Zukunft einen an den Aufgaben der Polizei und der Altersstruktur orientierten Einstellungskorridor von mindestens 300 + für den Bereich des Polizeivollzuges. Dabei ist entsprechend dem Anforderungsbild an eine moderne Polizei der Anteil der Einstellungen in den gehobenen Vollzugsdienst weiter zu erhöhen.

Polizei braucht aber auch gut ausgebildetes Verwaltungspersonal. Wegen fehlender Einstellungen im Bereich der Verwaltung müssen zur Zeit ca. 70 Polizeivollzugsbeamte in der Verwaltung des Polizeipräsidiums arbeiten. Das entspricht ca. einem Viertel des Verwaltungspersonals. Darüber hinaus werden bis 2019 34 ausgebildete Verwaltungsbedienstete altersbedingt aus der Polizei ausscheiden.

Die GdP fordert zwingend einen Einstellungskorridor auch für den Bereich der Polizeiverwaltung (Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte).

Professionelles Gesundheitsmanagement

Uns fehlen jeden Tag krankheitsbedingt 700 Kolleginnen und Kollegen im Dienst. Der Anteil psychischer Erkrankungen nimmt stetig zu.

Die GdP fordert neben der strikten Durchsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eine Untersuchung/ Ursachenforschung sowie darauf basierende Maßnahmen zur nachhaltigen Senkung der Krankenstände. Dazu gehören auch die konsequente Fortführung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Wiedereinführung der Wahlmöglichkeit zwischen Heilfürsorge und Beihilfe.

Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes

Mit der Neuregelung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten hat die jetzige rot-rote Landesregierung nicht nur die bundesweit schärfste, sondern auch eine am wenigsten nachvollziehbare Regelung geschaffen.

Die GdP fordert die Überarbeitung der gesetzlichen Regelungen zur Anhebung der Pensionsaltersgrenzen. Darüber hinaus fordert die GdP Möglichkeiten für flexible Lebensarbeitszeitregelungen unter Berücksichtigung der besonderen Belastungen des Polizeiberufes.

Der Öffentliche Dienst trägt Verantwortung für die berufliche Perspektive junger Menschen in unserem Land.

Die GdP fordert, diesen Menschen nach ihrer Ausbildung, egal ob als Polizist an der FHPol oder in einem technischen Beruf beim ZDPol, durch eine Übernahmegarantie eine Perspektive in Brandenburg zu geben.

Die GdP fordert ein funktions- und leistungsgerechtes Besoldungssystem für die Polizei. Die Einkommenssteigerungen werden seit Jahren durch Inflationsrate und kalte Progression aufgefressen. Unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen wurden mehrmals sowohl inhaltlich als auch zeitlich von der Einkommensentwicklung der Beschäftigten abgekoppelt.